

Katastrophal

Ob die 1400 oder 1500, die in Hamburg vor der Gefahr eines Atomkrieges warnen wollten (und dafür bis zu 50 DM Teilnahmegebühr zahlten, laut Veranstalter übrigens – delikaterweise – „steuerlich absetzbar“!), wirklich *alle* Ärzte waren, ist vielleicht nicht so wichtig. Und ob es einige Wochen zuvor wirklich 60 000 waren, die beim Evangelischen Kirchentag in Hamburg ihre Furcht vor dem Atomtod demonstrierten, ist auch egal. Um dem Vorwurf zu begegnen, hier

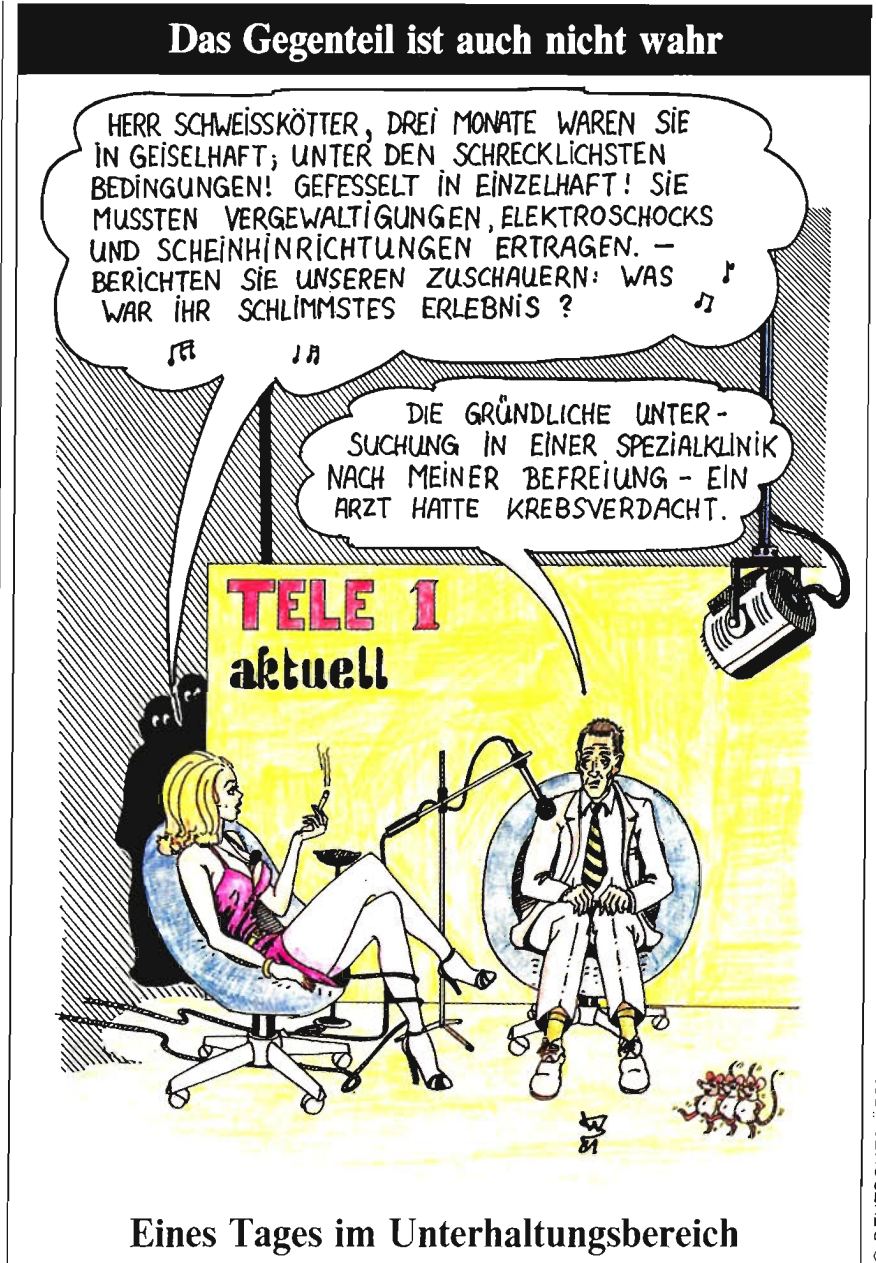
Den Kopf verlieren

„Da auch wir grundsätzlich gegen die Todesstrafe sind, können wir dem Beschluß der Pariser Nationalversammlung, Marcel Chevalier, den letzten Henker Frankreichs, zu pensionieren, nur zustimmen. Aber mit der Mehrheit der Franzosen bezweifeln wir stark, daß es genügt, die Guillotine abzuschaffen, um zu verhindern, daß Menschen in die Gefahr geraten, den Kopf zu verlieren.“

Indro Montanelli im „Giornale Nuovo“, Mailand

würden zwei Dinge miteinander vermischt: in Hamburg ging es um *Atomwaffen*; ihre Furcht vor *Atomkraftwerken* und den mit ihnen verbundenen Gefahren und Risiken haben aber, wie wir wissen, auch schon viele lautstark, und zum Teil mit Gewalt, zum Ausdruck gebracht.

Dabei ist auch gefordert worden, daß man die Katastrophenschutzpläne für die Umgebung von Kernkraftwerken nicht mehr unter Verschuß halten sollte. Daraufhin wurden sie jetzt in Hessen zur Einsichtnahme ausgelegt. Und die Massen strömten – eben nicht: in fünf hessischen Kreisen haben die Landräte insgesamt 59 Anfragen



Eines Tages im Unterhaltungsbereich

gezählt. Davon waren, wie der Innenminister festgestellt hat, die Mehrheit von Journalisten oder von Vertretern von Bürgerinitiativen und Umweltschutzvereinen. In einem sechsten Landkreis war das Interesse größer, so daß die Anfragen nicht mehr genau gezählt worden sind; hier kam man auf „rund 100“. Ähnliches wird aus Bayern berichtet: Unter anderem für die Forschungsreaktoren München und Neuherberg sowie die

Kernkraftwerke Ohu und Grafenrheinfeld wurden Alarm- und Einsatzpläne einschließlich der Evakuierungspläne für die Bevölkerung offengelegt. Laut Innenminister nahmen trotz örtlicher Hinweise und Presseerklärungen „nur wenige Einwohner“ Einsicht in diese Unterlagen.

Wie viele Ärzte sich diese Katastrophenschutzpläne zeigen ließen, weiß man nicht . . . gb